

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortl. Redaktions-Bureau:
Bernhardstr. - Telefonnummer 25 241.
Nur für Nachgelagerte: 20011.

Bezugs-Gebühr von 1.2. bis 29.2. 1924 1,50 Goldmark. Einzelnummer 15 Goldpfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einzelnste 20 mm breite Zeile 10 Pfg., über 10 Pfg., außer 20 Pfg. Die 20 mm breite Zeile 10 Pfg., über 10 Pfg., außer 20 Pfg. Über 10 Pfg. 10 Pfg. Zusatz gegen Vorzahlung.

Schriftleitung und Hauptverlag: Maximalstr. 38/40.
Verlag v. Oetisch & Reichardt in Dresden.
Telef.-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schr.-Bilder werden nicht aufbewahrt.

Heute

1/8 Uhr Gewerbehaus

Wera Schapira

Konzert

Konzertflügel Julius Feurich

Karten bei H. Bock, Prager Straße 9, und an der Abendkasse.

Die Gefahren des Zerfalls der deutschen Kultur

Das Schutzkartell für die notleidende Kulturschicht an die Gebildeten aller Völker. — Die englische Regierung besteht auf der Revision von Versailles. — Frankreich gegen die englische Stellungnahme zur Pfalz. — Die kommunistische Putschgefahr.

Eine eindringliche Kundgebung im Reichstag
Die Kundgebung unserer Berliner Schriftleitung in Berlin, 24. Febr. Das Schutzkartell für die notleidende Kulturschicht Deutschlands veranstaltete am Sonntag im Plenarsaal des Reichstages eine Kundgebung, um nochmals eindringlich die schwere Gefahr der Kultur, die in Deutschland die Träger des Geisteslebens waren und trotz aller nachrevolutionären Umsichtungen noch sind, aller Welt erneut darzulegen. Neben dem Reichspräsidenten Ebert wohnten als Vertreter des Reichslabinetts Reichsanwalt Marg, der Außenminister Stresemann und Justizminister Guminaer, außerdem zahlreiche Mitglieder des Reichstages, der Landesregierungen und der ausländischen Mächte der Kundgebung bei.

Der Vorsitzende des Schutzkartells, der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Dr. Überling, führte als erster der vorzulegenden, alle geistigen Berufe umfassenden Rednerreihe u. a. aus: Unter deutschem Volk ist der Willkür des im Dasein aufstrebenden französischen Hegemon preisgegeben und muß wehrlos Unwürdiges ertragen. Dadurch wird nicht nur das Volk vernichtet, sondern mit ihm auch die Wissenschaft und die Kultur zerstört und deren Träger ins Elend gestürzt. Vor dem Auge haben alle Völker anerkannt, was der deutschen Kulturgröße zu verdanken ist. Die Leistungen der deutschen Wissenschaft, Kunst und Technik haben leuchtend in den Sternen geschrieben. Jetzt droht aber überall der Zerfall der deutschen Kultur. Der Redner wies auf die Worte Lloyd George hin, daß die künftige Politik der französischen Staatsmänner eine Gefahr für die Zivilisation bedeute, und daß dem deutschen Volk endlich Gerechtigkeit widerfahren müsse. Diese Gerechtigkeit werde vor allem für die Vertreter der notleidenden deutschen Kulturschicht und Kulturleben zu werden, so werden wir selbst unser Brot schaffen können und nicht mehr auf milde Gaben des Auslandes angewiesen sein.

Wenn man auch die 170 000 fremden Soldaten, die während des Krieges auf deutschem Boden lagen, in ihre Heimat zur Arbeit schickt, wird auch wieder der Fronten liegen und das Wirtschaftsleben der übrigen Staaten gelitten.

Von der deutschen Regierung müsse die pfiffige Behandlung der gefährdeten Kulturschicht gefordert werden. Wohl habe die Rentenmark eine gewisse Erleichterung geschaffen, aber auch unsere Armut offenbart. Vor allem fehle das Rentenkapital, das die Voraussetzung für die Arbeitslosigkeit und Zukunftsicherung zahlreicher Werktätiger darstelle. Auch Beamte und Arbeiter erhalten jetzt unzureichende Bezüge. Wenn ich Reichsfinanzminister wäre, erklärte der Redner, so hätte ich ihnen höhere Grundgehälter ausbezahlt, ihnen aber nur einen Bruchteil davon ausbezahlt und ihnen gegen die Lohnempfänger am Rhein machten die ausreichende Bezahlung unmöglich.

Weil die Regierung am deutschen Rhein prallen und unsere Volksgenossen drangsalieren, darum müssen die Beamten mit ihren Familien eine so eingeschränkte Lebenshaltung führen.

(Lebh. Beif.) Eine Lebensfrage für die deutsche Kulturschicht ist es, auch die Bahn für eine freiwillig gezeichnete Arbeitsleistung freizumachen, da eben eine gedeihende Wirtschaft Fundament aller Kultur sei.

Darauf ergriff

Reichszugler Marg

das Wort. Er versicherte, daß es die Regierung für eine Ehrenpflicht halte, sich der Intellektuellen anzunehmen. Gerade der Kulturzeit unserer Zeit habe ein besonderes Interesse daran, daß die Geistesarbeiter geschützt und unterstützt würden. Leider gäbe es aber viele Kreise unseres Volkes, die nicht die Wahrheit dieses Satzes einsehen. Keine Entscheidung sei möglich, wenn nicht die Geistesarbeiter den Weg ebneten, auf dem nachher die Industrie und die Kapitalmacht fortzueilen könnten. Die Vorbedingungen für den wirtschaftlichen Aufstieg würden von den Männern der Wissenschaft geschaffen. An dem Fortbestehen des deutschen Geisteslebens habe die ganze Welt lebhaftes Interesse. Dies könne ohne Wehrbehinderung gesamt werden. Es würde sich ein außerordentliches Plans für die Entwicklung von Wissenschaft, Literatur und Kunst bemerkbar machen, wenn Deutschland dabei ausdauernd wäre. Auch die deutsche Allgemeinheit müsse sich wieder der Pflichten erinnern, die sie gegenüber dem deutschen Geistesleben habe. Dr. Marx betonte, daß das Reich

gern dem notleidenden Mittelstand helfen würde, daß aber die zerrüttete Finanzlage dies unmöglich mache. Alle Maßnahmen der Regierung müßte der Gedanke leiten, unser Volk nicht mehr in eine neue Inflation hineintreiben zu lassen. Der Reichszugler schloß mit der Hoffnung, daß sich noch den Zeiten der Erbsal wieder die Sonne am Himmel zeigen werde. Bis dahin müßten die Kreise der Intelligenz, die sich in dem Gedanken der Selbsthilfe zu großen Verbänden zusammengeschlossen hätten, ihr Geschick noch selbst in die Hand nehmen.

Dr. Ludwig Fulda

erklärte als Vertreter des deutschen Schrifttums, daß wohl ein wirtschaftlicher Zusammenbruch wieder weitgemacht werden könnte, ein kultureller Zusammenbruch aber die jenseitigen Folgen zeitigen müßte. Dr. Fulda gestellte dann das Verhalten des neuen deutschen Reichstages, der sich der Pflichten, die Reichstag mit sich brachte, noch nicht bewußt sei. Er wies ferner auf die beschämende Ausdrücke hin, die sich wieder auf den deutschen, insbesondere den Berliner Bühnen ausbreite.

In der vorigen Woche hätten mehr als die Hälfte der Berliner Bühnen ausländische Stücke aufgeführt. Wenn man den deutschen Geist so ausschalte, sei eine Weiterentwicklung für den deutschen Geist ausgeschlossen.

Nach Ausführungen weiterer Redner wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

Die geistigen Berufe Deutschlands rufen der Welt ins Bewußtsein zurück, was die Menschheit der deutschen Wissenschaft, Kunst und Technik verdankt. Sie warnen davor, die Verleumdung der deutschen Kulturschicht als die Sonderangelegenheit eines einzelnen Volkes zu betrachten. An dem Vorkriegs-Geist der deutschen Völker und Arbeitsträger der deutschen Völker erlöt uns von äußerem Druck und innerer Not' laßt die Entschlossenheit nochmals zusammen, was als unangenehme Qual auf den Häutern des deutschen Geistes liegt.

Die Reden sowie Entschließung wurden durch die elektrischen Wellen bis zu Hörern getragen, die über 2000 Kilometer von den Sprechenden entfernt waren.

Bereitete Kommunistenpläne in der schlesischen Lausitz.

Görlitz, 24. Februar. Aufsehen erregende Mitteilungen über kommunistische Umtriebe in Muskau bringt der „Muskauer Anzeiger“. Auch für die Stadt Muskau waren am 18. Februar kommunistische Putschpläne geschildert, die aber einige Tage vorher entdeckt und noch verhindert werden konnten. Jetzt ist es gelungen, den kommunistischen Verbänden auf die Spur zu kommen. Das Blatt berichtet: Es war seitens der Kommunisten beabsichtigt, die ersten Verwaltungsbereichen der Stadt und der Ständeherrschaft, dazu einen Oberlandjäger, einen hiesigen Polizeibeamten und ein Magistratsmitglied (Mehrbelohnungsbeamter), sämtliche Industrielle über kurz oder lang zu erledigen. Weiter waren die Kraftwagen und Gespannbesitzer bestimmt. Die Kommunisten sind den Nachbarn heranzuziehen, um dann nach dem Beispiel der polnischen Gewalttätigkeiten zu verfahren. Jetzt ist eine Anzahl Kommunisten in das Untersuchungsgefängnis nach Görlitz gebracht worden.

Strefemanns Dresdner Rede und die Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Berlin, 24. Febr. In einem Vortrags des „Vorwärts“ wird Kritik daran geübt, daß der Außenminister in seiner Dresdner Rede davon gesprochen habe, die Regierung denke nicht daran, in besonders gefährdeten Gebieten den Ausnahmezustand aufzuheben. Der „Vorwärts“ knüpft daran die Frage, ob in diesen Worten eine Änderung der Anlage der Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes liegen solle. Diese Frage des „Vorwärts“ ist auch nach dem Vortrags der Vorlesungen des Außenministers nicht verhandelt. Der Außenminister hat nicht davon gesprochen, daß der militärische Ausnahmezustand beseitigt werden sollte, sondern er hat darauf hingewiesen, daß der Ausnahmezustand in gefährdeten Gebieten nicht aufgehoben werden dürfe, eine Auffassung, die, wie wir zu wissen glauben, nicht nur von der Reichsregierung, sondern auch von den Vertretern verschiedener Länder geteilt wird.

Vor dem österreichisch-deutschen Handelsvertrag.

Von Dr. Grünberger, österreichischer Minister des Inneren.

Wien, 21. Februar.

Unser Wiener Vertreter hatte kürzlich eine Unterredung mit dem österreichischen Bundesminister für Inneres, in der dieser vornehmlich die Wirtschaftsbeziehungen Österreichs zu Deutschland erörterte und sich hierüber wie folgt äußerte:

Mit größter Teilnahme verfolgen wir Österreicher die Ereignisse im Deutschen Reich und sind von dem innigen Wunsch erfüllt, daß das deutsche Volk, mit dem wir durch Blut, Geschichte und die wirtschaftliche Entwicklung eng verbunden sind, die schon so lange währende Krise bald überwinden möge. Wichtige Angelegenheiten die Hoffnung zu gestatten, daß sich allmählich eine Wendung zur dauernden Besserung der Lage vollzieht. Die sicherste Bürgschaft dafür, daß diese Wendung nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen wird, scheint mir die immer mehr um sich greifende Erkenntnis zu sein, daß die Wende Deutschlands geradezu eine Vorbedingung für den Wiederaufbau Europas, ja für die Rückkehr zur normalen Wirtschaft ist.

Ich spreche da aus der Erfahrung heraus, die wir Österreicher am eigenen Leibe gemacht haben. Als im Sommer 1922 Österreich vor dem wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch zu stehen schien, erkannte es die österreichische Regierung als ihre Aufgabe, der Welt klar zu machen, daß der Zusammenbruch Österreichs kein isoliertes Ereignis bleiben könne, sondern alle Staaten in Mitleidenschaft ziehen müßte, ja der Weltfrieden gefährden würde. Wirklich gelang es uns, die öffentliche Meinung aufzuräumen und damit die Grundlage für das große Sanierungswerk zu schaffen, das dank der tätigen Hilfe des Völkerbundes bereits zu erfreulichen Ergebnissen gediehen ist.

Die Entwertung unseres Geldes, die bis dahin in immer rasenderem Tempo fortgeschritten war, gelangte schon während der Genfer Verhandlungen zu plötzlichem Stillstand, und seither ist die österreichische Krone eine der stabilsten Währungen geworden. Damit waren auch die Voraussetzungen der Rückkehr zur normalen Wirtschaft geschaffen. Mit der Panikstimmung der Inflationszeit hörte auch die Angst vor der Krone von selbst auf, das Angebot von ausländischen Währungen und Devisen überstieg bald die Nachfrage. Die neugegründete Nationalbank sah sich genötigt, den

Ueberblick von Devisen

anzunehmen, um ein für die Volkswirtschaft bedrohliches Ansteigen des Kronenwertes zu verhindern. Die finanzielle Konsolidierung hat der österreichischen Regierung die Atempause gebracht, deren sie bedarf, um die Reformmaßnahmen durchzuführen, die zur endgültigen Sanierung der Staatswirtschaft führen werden. Im Bundesvoranschlag für 1924 erscheint das Defizit bereits von 2664 Millionen (im Jahre 1923) auf 837 Millionen vermindert, und es wird im Laufe des Jahres bis auf den verhältnismäßig geringfügigen Betrag von 147 Millionen in Papierkronen (etwa 55 Millionen Goldmark) herabgesetzt werden.

Die Regierung hat keinen Augenblick verloren, um diese veränderte Lage im Interesse der österreichischen Volkswirtschaft auszunutzen. Der Entfall der Ausfuhrprämie des sinkenden Geldwertes hatte natürlich eine Krise der Volkswirtschaft hervorgerufen, die sich in einem raschen Emporschnellen der Arbeitslosigkeit äußerte. Als bestes Mittel, dieser Krise entgegenzutreten und die Vorbedingungen für eine dauernde Gesundung der österreichischen Volkswirtschaft zu schaffen, haben wir die Herstellung normaler Handelsbeziehungen zu allen Staaten erkannt. Österreichs Industrie ist zum größten Teil auf den Export angewiesen, und da die inländische Landwirtschaft nicht imstande ist, den Lebensmittelpbedarf der österreichischen Bevölkerung zu decken, Österreich andererseits nur über sehr geringe Bodenschätze verfügt, ist ein harter

Export von Industrieartikeln eine Voraussetzung für die günstige Gestaltung unserer Handelsbilanz.

Solange das Dumping als Folge der fortschreitenden Geldentwertung bestand, solange die katastrophale finanzielle Lage ein Gefühl der Unsicherheit nicht aufkommen ließ, solange selbst an dem politischen Fortbestehen Österreichs zweifelhaft wurde, zeigte sich natürlich nirgends Geneigtheit, mit Österreich normale und dauernde Handelsverträge abzuschließen.

Vom 1. März an wieder täglich zweimal, morgens und abends.